

Empörung über „Subventions-Heuschrecken“

Landtag erörtert gesamtwirtschaftliche Lage im Land

Die drohenden Arbeitsplatzverluste bei Nokia in Bochum und die aktuelle Entwicklung bei der WestLB waren auf Antrag von CDU, FDP und SPD das Thema der Aktuellen Stunde in der Plenarsitzung am 23. Januar. Zum Auftakt der Aktuellen Stunde unterrichteten Wirtschaftsministerin Christa Thoben und Finanzminister Dr. Helmut Linssen (beide CDU) die Abgeordneten über die Wirtschaftslage. Die Überschrift lautete: „Starkes Wachstum – Chancen für alle. Zur Lage der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.“

Enge Abstimmung und Zusammenarbeit:
Finanzminister Linssen und Wirtschaftsministerin Thoben.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) erinnerte daran, dass sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu Beginn des neuen Jahres zwar eingetrübt hätten. Dennoch habe NRW keinen Grund, sich entmutigen zu lassen. Nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts (RWI) habe im Jahr 2007 die Wachstumsrate des Landes 2,6 Prozent erreicht. Für das laufende Jahr werde erwartet, dass NRW um 1,8 Prozent zulege. Dieser Aufschwung komme bei den Menschen in NRW an, insbesondere bei den Arbeitslosen. So sei die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen Januar und Oktober 2007 um über 186.000 auf 5,8 Millionen gestiegen. Globalisierung sei eine Chance für NRW. So wie Nokia sich verhalten habe, so gehe man nicht mit Arbeitnehmern um, sagte die Ministerin. Allerdings sei Nokia offensichtlich aufgewacht. Man habe in den Zeitungen heute lesen können, dass Nokia Fehler in der Kommunikation zugebe und nach Lösungen suche. Das Land prüfe seinerseits, ob es die 60,9 Millionen Euro aus dem Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes zurückfordern könne. Unmittelbar nach Regierungsübernahme, im Herbst 2005, habe die schwarz-gelbe Landesregierung die Wirtschaftsförderung bereits umgestellt auf kleine und mittlere Betriebe. Subventionen seien nicht für internationale, reiche Konzerne gedacht: „Solche Unternehmen bekommen von uns keine Mittel mehr“, betonte Thoben. „Mit uns wird es einen Fall wie Nokia nicht mehr geben!“

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) ging anschließend auf die Situation der angeschlagenen Westdeutschen Landesbank (WestLB) ein. Das Kabinett habe bekräftigt, als Mit-Eigentümer werde das Land helfen, die Verluste der Bank auszugleichen und die geplante Kapitalerhöhung umzusetzen. „Es ist unsere größte Beteiligung“, sagte Linssen, „wir sollten alles tun, um unser Eigentum vor Schaden zu bewahren.“ Da für das Geschäftsjahr 2007 ein Verlust von einer Milliarde Euro erwartet werde und zusätzlich annähernd eine Milliarde Euro als Wertminderung hinzukomme, müsse NRW von diesen zwei Milliarden Euro rechnerisch 760 Millionen Euro bereitstellen. Denn das Land habe einen 38-Prozent-Anteil an der WestLB. „Wir prüfen zurzeit verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten“, erklärte der Minister. „Wir wollen dennoch an der Senkung der Netto-Neuverschuldung festhalten.“ Zwar handele es sich um eine „momentane Schwäche“ der Landesbank, der Abbau von Arbeitsplätzen bei der Bank sei aber unumgänglich, so der Finanzminister.

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, bezeichnete Thobens Rede als „Jubelarie“ und warf der Regierung vor, sie sei überrascht worden von den Problemen – weil sie nicht mit den Unternehmen rede, „nicht mal mit dem größten Subventionsempfänger in NRW“. Dabei habe Christa Thoben bereits vor Monaten den Strukturwandel für beendet erklärt. „Die Landesregierung hat kein Frühwarnsystem.

Sie kommt nur, wenn es brennt“, sagte Kraft. Nokia sei allerdings eine neue Dimension und von einer Härte, die man bisher in NRW nicht gekannt habe: „Eiskalt“, so ihr Urteil. Die Prüfung von Rückzahlungsansprüchen sei deshalb



Fotos: Schälte

Hannelore Kraft (SPD)

wichtig. Zur WestLB sagte Kraft, die Bank sei immer mehr ins Rutschen geraten und die Landesregierung habe zu spät gehandelt. Die Warnung der Opposition sei von der Regierung als „Stimmungsmache“ abgetan worden. Für die verlorene Zeit werde nun die Rechnung präsentiert: „Der Steuerzahler zahlt die Zeche für diese Risikostrategie.“

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, nannte den Beitrag seiner Vorrednerin „tatsachenfrei“ und wies alle Vorwürfe zurück. Er habe kalte Wut bekommen, als er gehört habe, Nokia wolle ohne Vorankündigung, ohne mit dem Betriebsrat zu sprechen, aus Bochum wegziehen. Der Vorstandsvorsitzende habe aber jetzt signalisiert, er sei bereit, mit der Wirtschaftsministerin nach Lösungen zu suchen. Im Übrigen befände sich das Ruhrgebiet in einer beeindruckenden Aufholjagd: „Wichtig ist der Saldo zwischen entstehenden und wegfallenden Arbeitsplätzen“, so Stahl. Zur WestLB sagte Stahl, diese Bank sei in den 90er-Jahren ein Flaggschiff gewesen. Durch Skandale während der rot-grünen Regierungszeit sei das Flaggschiff gesunken.

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, bezeichnete das Verhalten des Nokia-Konzerns als „unanständig und inakzeptabel“. Es sei jedoch keinesfalls beispielhaft für das Funktionieren sozialer Marktwirtschaft. Vielmehr trage die alte Landesregierung mit den von ihr zu verantwortenden Subventionszahlungen an Großunternehmen eine Mitschuld. Die Koalition konzentriere ihre Förderpraxis hingegen auf kleine und mittelgroße Unternehmen, weil „die nicht direkt weiterziehen, sobald ein Subventionstopf leer ist“. Bezogen auf die WestLB sagte Papke: Es sei „an Absurdität nicht zu überbieten“, wenn die Opposition

sei mittlerweile stark genug, um auch solche Rückschläge zu schlucken. 250.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse seien ein klares Indiz für die erfolgreiche Wirtschaftspolitik des Landes.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, warf der Koalition vor, die Probleme im Land klein zu reden. Der Fall Nokia zeige, dass die Regierung von einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Standortpolitik weit entfernt sei. Subventionen seien nicht das richtige Mittel für Standortakquise. Stattdessen müsse man auf „echte Standortvorteile“ setzen. Neben vernünftiger Infrastruktur sei bestmögliche Bildung die Antwort auf die Globalisierung. Schwarz-Gelb halte hingegen an einem „leistungsfeindlichen Bildungssystem aus dem letzten Jahrhundert fest“. Zudem habe es die Landesregierung versäumt, frühzeitig Gespräche mit der Unternehmensführung von Nokia aufzunehmen. Die Standortschließung wäre dann vielleicht zu verhindern gewesen, so Löhrmann. Auch für das „Desaster“ bei der WestLB wies sie der Landesregierung Schuld zu: Eine frühzeitige Entscheidung für eine Fusion mit der LBBW hätte eine „klare Zukunftsperspektive“ für die WestLB dargestellt. Stattdessen habe der Ministerpräsident „gezögert und gezaudert“ und „die WestLB abgewirtschaftet“. Vor dem Hintergrund gebe es keinen Anlass für eine „Feierstunde“.

gewesen, die Gesprächsblockaden zwischen den Arbeitnehmervertretern und der Unternehmensleitung aufzulösen. Jetzt komme es darauf an, das Entgegenkommen von Nokia zu nutzen und den Menschen in Bochum eine berufliche Dauerperspektive zu eröffnen. Der Ministerpräsident machte im Plenum jedoch ebenso deutlich, „dass wir in Nordrhein-Westfalen in der Massenproduktion zukünftig schlechte Karten haben werden.“ Die Globalisierung der Wirtschaftsmärkte sei „eine zweite industrielle Revolution“, die neue Standortfaktoren wie Kreativität, Wissen und Bildung erforderlich mache. Zur Krise der WestLB erklärte Rüttgers: „Es ist nicht Aufgabe eines Landesbankers, auf internationalen Finanzmärkten herumzuzocken.“ Entschieden wies er daher die Kritik der Oppositionsfractionen zurück, politisch nicht rechtzeitig auf die Entwicklung der WestLB reagiert zu haben. „Sie kritisieren die Feuerwehr und nicht die Brandstifter.“ Nun müsse es gelingen, gemeinsam mit den weiteren Eigentümern der Bank ein neues und zukunftsfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln. Rüttgers betonte abschließend: „Ich hoffe, dass wir die Probleme in den Griff bekommen.“

Rüdiger Sagel (fraktionslos), bezeichnete das Handeln des Nokia-Konzerns als „schändlich und niederträchtig“. Hier zeige sich „Turbokapitalismus“ von seiner schlimmsten Seite. Die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



bis heute eine Fusion mit der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) als Rettung für die WestLB zu verkaufen versuche. „Dabei wäre die WestLB unter die Räder gekommen“, so Papke. Er warnte davor, Nokia und WestLB zum Anlass zu nehmen, ein „Weltuntergangsszenario für das Ruhrgebiet“ auszumalen und den Finanzstandort NRW schlecht zu reden. NRW

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) warf den Oppositionsfractionen „Lust an der Krise“ vor. „Sie reden nicht nur die WestLB, sie reden den Standort Nordrhein-Westfalen systematisch kaputt“, meinte Rüttgers in Richtung Opposition. Zugleich bekräftigte er das Ziel, so viele Arbeitsplätze wie möglich am Standort Bochum zu retten. Es sei die richtige politische Strategie

fühlten sich von der Konzernleitung zu Recht „verraten und verkauft“. Er unterstütze daher ausdrücklich einen Boykott von Nokia-Produkten. Ungeachtet dieser Entwicklung laute das Plädoyer der Wirtschaftsministerin: „Alles ist gut.“ Und auch der Ministerpräsident stelle sich beim Thema WestLB aus der Verantwortung, so Sagel. ■